

BRIEFING DER AMNESTY-LÄNDERKOORDINATIONSGRUPPE CHILE UND VENEZUELA:

MENSCHENRECHTLICHE LAGE IN VENEZUELA

erarbeitet von:

Sebastian Lupke, Mitglied der Amnesty-Koordinationsgruppe Chile und Venezuela

Venezuela befindet sich in der zweiten Jahreshälfte 2025 weiterhin in einer multiplen Menschenrechtskrise. Amnesty International hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich dokumentiert, wie regierungskritische Proteste unter dem Einsatz massiver und tödlicher Gewalt seitens der Sicherheitskräfte niedergeschlagen wurden¹, Regierungsgegner*innen oder als solche wahrgenommene Personen Opfer von extralegalen Hinrichtungen², willkürlichen Inhaftierungen³ und Folter⁴ wurden sowie Ziel staatlicher Diffamierungskampagnen⁵ waren. Seit der offenkundig manipulierten Präsidentschaftswahl vom 28. Juli 2024 hat sich die Menschenrechtssituation abermals drastisch verschärft.

In der Wahlnacht erklärte der von der Regierungspartei dominierte Nationale Wahlrat CNE Amtsinhaber Nicolás Maduro zum Sieger, ohne ein detailliertes Wahlergebnis zu veröffentlichen. Auszählungsergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen legten hingegen einen Erdrutschsieg des Oppositionsbündnis und ihres Kandidaten Edmundo González Urrutia nahe. Vertreter*innen der Vereinten Nationen sowie das Carter Center, denen als einzigen unabhängigen Institutionen eine Beobachtung der Wahl gestattet wurde, kamen übereinstimmend zum Ergebnis, dass die Wahl keinen international anerkannten Standards entsprach und es ihr an Transparenz, Integrität und Glaubwürdigkeit mangle⁶.

Landesweite Massenproteste im Anschluss an die Verkündung des Nationalen Wahlrates wurden wie auch in früheren Jahren mit massiver Gewalt unterdrückt. In den Tagen nach der Wahl wurden 24 Demonstrierende mutmaßlich durch Gewalt vonseiten staatlicher Sicherheitskräfte getötet

¹ Amnesty International, 14.05.2019: Hunger for justice: Crimes against humanity in Venezuela. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/0222/2019/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

² Amnesty International, 18.02.2021: Venezuela: Impunity in the face of lethal policy of social control. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/3632/2021/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

³ Amnesty International, 29.08.2023: Lifes detained: Politically-motivated arbitrary detentions continue in Venezuela. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/7077/2023/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

⁴ Amnesty International, 04.09.2020: Dying before a judge: The arbitrary detention, enforced disappearance, torture and death of Rafael Acosta Arévalo. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/2909/2020/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

⁵ Amnesty International, 10.02.2022: Calculated repression: Correlation between stigmatization and politically motivated arbitrary detentions. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/5133/2022/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

⁶ Deutsche Welle, 14.08.2024: Venezuela election lack 'integrity', says UN. Link: <https://www.dw.com/en/venezuela-election-results-lack-transparency-and-integrity-says-un/a-69934427> (letzter Abruf: 12.10.2025); The Carter Center, 30.07.2024: Statement on Venezuela election. Link: <https://www.cartercenter.org/news/pr/2024/venezuela-073024.html> (letzter Abruf: 12.10.2025).



sowie nach Regierungsangaben mehr als 2.000 Personen inhaftiert, darunter mehr als 100 Minderjährige. Betroffen waren Personen, die ihr Recht auf friedlichen Protest wahrgenommen haben, sich lediglich in der Nähe von Demonstrationen aufhielten oder bei denen im Rahmen anlassloser Polizeikontrollen und Razzien regierungskritische Beiträge auf ihren Smartphones entdeckt wurden. Zahllose Inhaftierte wurden ohne Belege unter dem Vorwurf des Terrorismus, Landesverrats oder anderer schwerwiegender Verbrechen angeklagt. Mehrere Personen wurden in Haft gefoltert⁷. Hochrangige Regierungsmitglieder einschließlich des Präsidenten Nicolás Maduro kündigten maximale Bestrafung an und forderten die Bevölkerung auf, über die Behördenapp „VenApp“ tatsächliche oder vermeintliche Regierungsgegner*innen zu denunzieren⁸.

Auch in den Monaten nach der Wahl sowie im Jahr 2025 hielten politisch motivierte, willkürliche Inhaftierungen kontinuierlich an. Die von den Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige Fact-Finding Mission zu Venezuela dokumentierte 200 weitere Verhaftungen zwischen Januar und August 2025⁹. Nach Angaben der venezolanischen Menschenrechtsorganisation Foro Penal befanden sich Anfang Oktober 2025 weiterhin 841 Personen in politischer Haft, darunter vier Minderjährige¹⁰. Unter den von Amnesty International dokumentierten willkürlichen Inhaftierungen seit der Präsidentschaftswahl befinden sich Teilnehmende an Protesten, Mitglieder oppositioneller Parteien, Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen sowie Familienangehörige dieser Personengruppen, aber auch Personen, die sich vorher nicht in regierungskritischer Weise exponiert haben sowie ausländische Staatsangehörige, die ohne klare Belege der Beteiligung an Verschwörungen gegen die Regierung verdächtigt wurden¹¹.

Zu den wiederkehrenden Mustern dieser willkürlichen Inhaftierungen gehört das „Verschwindenlassen“, das tage- bis monatelange Verschleiern und Abstreiten der Verhaftung durch die Sicherheitskräfte mit dem Ziel, Angehörige und Rechtsbeistände über den Verbleib der betroffenen Person im Unklaren zu lassen und sie einem fairen und transparenten Strafverfahren zu entziehen. Kernprinzipien fairer Gerichtsverfahren, wie die Einsichtnahme in die Anklageschrift, die Wahl eines eigenen Rechtsbeistandes und die Kommunikation mit Angehörigen und Rechtsbeiständen werden systematisch ignoriert¹².

⁷ Amnesty International, 28.11.2024: „He felt he was dead“: Torture against children for political reasons. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/8783/2024/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

⁸ Amnesty International, 07.08.2024: Tech companies set dangerous precedent with app for reporting anti-government protesters. Link: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/08/venezuela-tech-companies-set-dangerous-precedent-with-app-for-reporting-anti-government-protesters/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

⁹ UN-Menschenrechtsrat, 08.09.2025: Report of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela. Link: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/ffmv/a-hrc-60-61-unofficialtranslation.pdf> (letzter Abruf: 12.10.2025).

¹⁰ Foro Penal, 09.10.2025: Balance de Presos Políticos en Venezuela al 06/10/2025 por Foro Penal. Link: <https://foropenal.com/balance-de-presos-politicos-en-venezuela-al-06-10-2025-por-foro-penal/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

¹¹ Amnesty International, 04.09.2025: Venezuela: 13 Gefangene freigelassen, Hunderte weiterhin willkürlich in Haft. Link: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/venezuela-13-gefangene-freigelassen-hunderte-weiterhin> (letzter Abruf: 12.10.2025); Amnesty International, 15.07.2025: Detentions without a trace: The crime of enforced disappearance in Venezuela. Link: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/0083/2025/en/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

¹² Amnesty International, 15.07.2025: Detentions without a trace: The crime of enforced disappearance in Venezuela, a.a.O.; Amnesty International, 29.08.2023: Lives detained: Politically-motivated arbitrary detentions continue in Venezuela, a.a.O.



Am 15.11.2024 trat ein drakonisches Anti-NGO-Gesetz mit dem Ziel, die noch im Land befindliche kritische Zivilgesellschaft weiter zu kriminalisieren, in Kraft. Das Gesetz verpflichtet NGOs und andere zivilgesellschaftliche Organisationen zu einer verpflichtenden Registrierung, zur Herausgabe sensibler Informationen über ihre Mitglieder und verbietet ihnen jegliche „politische Aktivitäten“, ohne diese näher zu definieren¹³. Seit Inkrafttreten waren nur wenige Organisationen imstande, den Registrierungsprozess zur Fortsetzung ihrer Arbeit abzuschließen, während andere beschlossen, ihre Tätigkeit außerhalb des Landes fortzuführen¹⁴. Mit dem Entwurf eines „Gesetzes gegen Faschismus und ähnliche Einstellungen“ befindet sich ein weiteres Projekt im Gesetzgebungsprozess, das aufgrund seiner unklaren Bestimmungen – als ähnliche Einstellungen werden unter anderem „Neoliberalismus“ und „Strukturkonservatismus“ genannt – das Potenzial für eine willkürliche Verfolgung und Kriminalisierung kritischer Stimmen bietet¹⁵. Bereits jetzt wird ein bestehendes Gesetz gegen Hassrede kontinuierlich dazu missbraucht, um regierungskritische Äußerungen als vermeintlichen Aufruf zum Hass einzustufen.

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte unabhängige Fact-Finding Mission zu Venezuela kam in den vergangenen Jahren wiederholt zu dem Schluss, dass die aufgeführten Menschenrechtsverletzungen im Wissen, Einvernehmen und teilweise auf aktive Anordnung höchster Regierungskreise hin stattfinden und eine systematische, staatlich orchestrierte Repressionspolitik zur Unterdrückung jeglicher Kritik darstellen¹⁶. Bereits seit 2021 ermittelt der Internationale Strafgerichtshof gegen Präsident Nicolás Maduro aufgrund mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zusätzlich zur allgegenwärtigen politischen Repression leidet die Bevölkerung unter einem komplexen humanitären Notstand mit schwerwiegenden Auswirkungen auf ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Nach aktuellen Angaben der Plattform HumVenezuela verfügten Ende 2024 mehr als 86 Prozent der venezolanischen Bevölkerung über keine ausreichenden finanziellen Mittel, um ihren Nahrungsbedarf zu decken, 70 Prozent lebten in extremer Armut und nahezu ebenso viele hatten keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser und Elektrizität. Mehr als 30 Prozent aller Kinder litten an chronischer Unterernährung¹⁷. Während der Durchschnittshaushalt über ein monatliches Einkommen in Höhe von umgerechnet 169,60 US-Dollar verfügt, wurden die Lebenshaltungskosten für eine durchschnittliche Familie im April 2025 mit umgerechnet 503,73 US-Dollar angegeben, etwa dem Dreifachen des verfügbaren Einkommens¹⁸. Das Gesundheitssystem ist in den letzten Jahren immer weiter zusammengebrochen, 58 Prozent der

¹³ Amnesty International, 19.08.2024: Venezuela passes „anti-NGO-law“ that punishes efforts to assist victims and defend human rights. Link: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/08/venezuela-aprobacion-ley-anti-ong-castiga-asistencia-victimas-defensa-derechos-humanos/> (letzter Abruf: 12.10.2025).

¹⁴ UN-Menschenrechtsrat, 08.09.2025: Report of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, a.a.O.

¹⁵ UN-Menschenrechtsrat, 08.09.2025: Report of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, a.a.O.

¹⁶ UN-Menschenrechtsrat, 08.09.2025: Report of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, a.a.O.

¹⁷ HumVenezuela, 08.10.2025: Follow-up report on the complex humanitarian emergency in Venezuela - 2024. Link: <https://reliefweb.int/report/venezuela-bolivarian-republic/follow-report-complex-humanitarian-emergency-venezuela-2024> (letzter Abruf: 12.10.2025).

¹⁸ Federación Venezolana de Maestros, 21.05.2025: Canasta Alimentaria Familiar – Abril 2025. Link: <https://fvmaestros.org/canasta-alimentaria-familiar-abril-2025/> (letzter Abruf: 12.10.2025).



Bevölkerung hatte im Fall akuter Gesundheitsprobleme keinen Zugang zu Medikamenten und knapp 40 Prozent aller chronisch erkrankten Personen keinerlei Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen¹⁹. Bei keinem der betrachteten Werte und Indikatoren war im Verlauf der letzten Jahre eine signifikante Verbesserung zu beobachten.

Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass aufgrund der objektiven Umstände im Land und des komplexen humanitären Notstands für alle Venezolaner*innen die Gefahr eines ernsthaften Schadens für Leben, Sicherheit und Freiheit besteht. Insbesondere für Menschenrechtsaktivist*innen, Mitglieder oppositioneller Parteien, Journalist*innen, soziale Aktivist*innen, Gewerkschaftsmitglieder sowie Familienangehörige dieser Gruppen und andere mit ihnen in Verbindung stehende Personen besteht eine wohlbegründete Furcht vor politischer Verfolgung. Repressionsmaßnahmen und das Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise willkürlicher Inhaftierung beschränken sich jedoch nicht auf diese Personengruppen, sondern können grundsätzlich alle Personen ungeachtet ihrer Stellung oder Bekanntheit treffen, die Kritik an der Regierungspolitik äußern oder aufgrund einer tatsächlichen oder nur vermeintlichen politischen Einstellung als Gegner*innen der Regierung angesehen werden, sowie zunehmend auch ausländische Staatsangehörige, die sich in Venezuela aufhalten.

Kontakt:

Amnesty International Deutschland e.V.
Länderkoordinationsgruppe Chile und Venezuela
Mail: info@amnesty-chile-venezuela.de
Web: www.amnesty-chile-venezuela.de

¹⁹ HumVenezuela, 08.10.2025: Follow-up report on the complex humanitarian emergency in Venezuela - 2024, a.a.O.

